

Die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon (von 1948 bis heute)

Als Folge der Staatsgründung Israels im Mai 1948 haben etwa 750.000 Palästinenser ihre frühere Heimat verloren. Sie flohen unter dem Eindruck der kriegerischen Auseinandersetzungen (Bürgerkrieg in Palästina vor der Ausrufung des Staates Israel, erster arabisch-israelischer Krieg nach der Staatsgründung) in die arabischen Nachbarstaaten bzw. wurden dorthin vertrieben (siehe auch: „Die Nakba – Die Vertreibung der palästinensischen Flüchtlinge 1948/49 und „Geschichte des Nahostkonflikts bis zur Staatsgründung Israels“). 100.000 palästinensische Flüchtlinge kamen damals in den Libanon. Die Mehrzahl von ihnen war aus dem Norden Palästinas, aus den Dörfern Galiläas, den Küstenstädten Haifa und Akka sowie aus Nazareth, Safed und Tiberias. Um das Flüchtlingselend zu lindern wurde 1949 von den Vereinten Nationen die UNRWA gegründet, die United Nations Relief and Works Agency. Sie sollte die palästinensischen Flüchtlinge mit dem Nötigsten versorgen, bis sie in ihre Heimat zurückkehren würden.

Bis zum Ausbruch des libanesischen Bürgerkrieges im Jahr 1975 gab es im Libanon 15 von der UNRWA versorgte Flüchtlingslager. In den 60er Jahren pendelte sich der Anteil der in den Lagern lebenden Flüchtlinge bei 40% ein. Heute leben mehr als 400.000 palästinensische Flüchtlinge im Libanon, davon etwa 56% aufgrund des wirtschaftlichen und sozialen Niedergangs der palästinensischen Gemeinschaft in Lagern. Die früheren traditionellen Dorfgemeinschaften mit ihren Familien- und Clanhierarchien blieben in den Lagern weitgehend erhalten. Von Anfang an unterschied sich die soziale Struktur in den einzelnen Flüchtlingslagern relativ stark voneinander. Bis heute ist die Situation in den Lagern Beiruts besser als in den Lagern des Südens und Nordens. In der Hauptstadt finden sich trotz aller Einschränkungen die besten Beschäftigungsmöglichkeiten, die schwerpunktmäßig im Dienstleistungsbereich liegen. Dagegen können vor allem die Bewohner der nördlichen und südlichen Lager ihr Auskommen nur als Saisonarbeiter im landwirtschaftlichen Bereich finden.

Der größte Teil der wohlhabenden Palästinenser aus der Handels- und Finanzbourgeoisie, aber auch einige Feudalfamilien ließen sich nach ihrer Flucht in Beirut nieder. Der gesamte arabische Raum hatte sich über Jahrhunderte zu einem zusammenhängenden Wirtschaftsgebiet entwickelt, was ein Fußfassen dieser palästinensischen Flüchtlingsgruppen im arabischen Ausland erleichterte. Auch die etwa 30.000 Personen umfassende Mittelklasse konnte sich schnell erfolgreich im Libanon etablieren. Die Wohlhabendsten unter ihnen, vor allem die christlichen Palästinenser, erhielten schon bald die libanesischen Staatsangehörigkeit. Ungleich schwerer hatten es die landlos gewordenen Bauern und städtischen Armen, die in ihrer großen Mehrheit in den Flüchtlingslagern der UNRWA Unterschlupf suchen mussten.

Ein auffallendes Merkmal der palästinensischen Mittel- und Oberklasse war ihr ausgeprägtes Bildungsbewusstsein. Hochqualifizierte Akademiker und Spezialisten rekrutierten sich aus ihr. Sie fanden überall in der arabischen Welt, aber häufig auch im westlichen Ausland gut bezahlte Arbeitsmöglichkeiten. Auch in den Flüchtlingslagern wuchs in den 60er Jahren das Bedürfnis nach Bildung. Nach dem Verlust von Besitz und Land durch die Nakba, die Katastrophe, wie die Palästinenser ihre Vertreibung bezeichnen, wurde Bildung zum größten Kapital für die Flüchtlinge.

Die zunehmende Bedeutung von Bildung schuf neben der traditionellen Führungsschicht, die herrührend aus der Mandatszeit zunächst noch eine große Rolle spielte, eine neue einflussreiche Elite von Akademikern, insbesondere Lehrern, die zunehmend die politische Führung auch in den Lagern übernahm. Dies und die besondere Verbundenheit der in den

Lagern lebenden palästinensischen Flüchtlinge mit ihrer Heimat und deren Traditionen war die Basis für den in den 60er Jahren entstehenden spezifisch palästinensischen Nationalismus.

Schon in den 50er Jahren wurde in Kuwait die palästinensische nationale Befreiungsbewegung Harakat at-tahrir al-watani al-filastini von Jassir Arafat gegründet. Abgekürzt und von rückwärts gelesen ergibt die arabische Bezeichnung den Namen Fatah. Zur selben Zeit gründeten im Libanon Studenten der Amerikanischen Universität Beirut den Bund der Arabischen Nationalisten (BdNA). Herausragende Personen dieser Bewegung waren George Habasch (PFLP) und Najef Hawatmeh (DFLP). Für den BdNA galt die Einheit der arabischen Staaten als Voraussetzung für die Befreiung Palästinas, während die Fatah die Befreiung Palästinas als ersten notwendigen Schritt auf dem Weg zur arabischen Einheit sah.

Bis in die 60er Jahre erhofften sich die palästinensischen Flüchtlinge eine Lösung ihres Problems durch die arabischen Staaten. Spätestens im Juni-Krieg 1967 mussten sie dann aber deren politische und militärische Unfähigkeit erkennen. Mit der Gründung der PLO und der Übernahme ihres Vorsitzes durch Jassir Arafat im Jahr 1969 nahmen die Palästinenser ihr Schicksal in die eigenen Hände.

Die Organisation sah zunächst ausschließlich im bewaffneten Kampf das Mittel zur Befreiung Palästinas. Dieser wurde zuerst von Jordanien aus und ab 1970/71 vom Libanon aus geführt. Beirut wurde Hauptquartier der PLO. Da sich unter dem Dach der PLO nicht nur militärische und politische Organisationen zusammenfanden, sondern auch kulturelle und soziale Vereinigungen entstanden, erlebten die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon einen deutlichen sozialen Aufschwung. Etwa 60% der Flüchtlinge arbeiteten als Milizionäre, Angestellte, Sozialarbeiter/Innen, Lehrer/Innen, Ärzte/Innen und in anderen Berufen bei den verschiedenen Einrichtungen der PLO und fanden damit ein Auskommen. Durch die großzügige finanzielle Unterstützung vor allem aus den reichen Golfstaaten wurde die Organisation zu einem entscheidenden politischen und militärischen Faktor im Libanon. Die Palästinenser konnten sich bereits 1969 im Kairoer Abkommen von der damaligen libanesischen Regierung das Recht erwirken, innerhalb der Flüchtlingslager politisch und militärisch autonom zu sein und von libanesischem Boden aus ihren Kampf zur Befreiung Palästinas zu führen. Besonders die in der libanesischen Politik und Wirtschaft dominierenden Maroniten sahen darin zunehmend eine Gefahr für ihre eigene Position. Sunnitische, drusische und allgemein links orientierte libanesische Gruppierungen fanden dagegen bei der PLO Unterstützung für ihre Ziele, die auf eine angemessene Machtbeteiligung und gerechtere soziale Verhältnisse im Libanon gerichtet waren. Neben den innenpolitischen Spannungen im Libanon und den Einmischungsversuchen ausländischer Mächte (u.a. Israel, Syrien, Frankreich, USA) war somit die Anwesenheit der palästinensischen Flüchtlinge ein destabilisierender Faktor im Libanon und einer der Auslöser des libanesischen Bürgerkrieges. Um die heutige restriktive Haltung der libanesischen Politik gegenüber den Flüchtlingen zu verstehen, müssen diese Zusammenhänge berücksichtigt werden.

Im Verlauf des Bürgerkrieges sahen sich die Palästinenser nicht nur den Angriffen der christlichen Maroniten und der israelischen Armee ausgesetzt, sondern auch Angriffen ihrer muslimischen Glaubensbrüder. So wurden sie in der ersten Phase des Bürgerkrieges von der syrischen Armee bekämpft, die den Einfluss der PLO im Libanon übermächtig werden sah, und in der zweiten Hälfte der 80er Jahre wurden die palästinensischen Flüchtlingslager von der schiitischen Amal-Miliz monatelang belagert und beschossen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die PLO mit der Mehrzahl der palästinensischen Kämpfer den Libanon bereits verlassen müssen. Die Invasion der israelischen Armee in den Libanon im Jahr 1982, die mit der massiven Bombardierung Beiruts endete, hatte zur Zerschlagung der politischen und

militärischen Struktur der PLO im Libanon geführt. Jassir Arafat und seine Kämpfer mussten nach Tunesien ins Exil gehen. Unter den Augen der israelischen Armee, deren Verteidigungsminister damals Ariel Sharon war, verübte die maronitische Phalange-Miliz ein Massaker an den zurückgebliebenen palästinensischen Flüchtlingen in den Flüchtlingslagern Sabra und Shatila in Beirut, dem ca. 700 Menschen zum Opfer fielen, überwiegend Kinder, Frauen und alte Männer.

Die Lage der palästinensischen Flüchtlinge ist seit dem Bürgerkriegsende katastrophal. 30.000 Palästinenser haben während des Bürgerkrieges den Tod gefunden, es gab 13.000 Witwen und Tausende von Halb- und Vollwaisen. Von den ehemals 15 Flüchtlingslagern waren nach Kriegsende 3 Lager vollständig, die anderen teilweise zerstört. 6.000 Familien waren obdachlos. Dies entspricht einer Zahl von 40–50.000 Menschen, die zum Teil zusätzlich in die zerstörten Lager drängten. In den verbleibenden 12 Lagern untersagte und behinderte die libanesische Regierung den Wiederaufbau. Das weitgehende Arbeitsverbot außerhalb der Flüchtlingslager zwingt auch früher „draußen“ lebende Palästinenser aus Existenznöten zurück in die Lager. Dies führt zu extremer Raumnot und zusätzlichen sozialen Spannungen unter den Flüchtlingen. Die Trink- und Abwassersysteme sind in schlechtem Zustand und gesundheitsgefährdend.

Die sozialen Einrichtungen der PLO waren nach Kriegsende größtenteils zerstört, die Beschäftigungsmöglichkeiten geschwunden, die finanzielle Unterstützung schrumpfte. Die politischen und konfessionellen Gruppierungen des Libanon einigten sich 1989 im Friedensabkommen von Taif darauf, die Palästinenser als die in ihren Augen Hauptverantwortlichen für den Ausbruch des Bürgerkrieges aus dem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben des Landes auszuschließen. Da Syrien nach dem Krieg die politische und militärische Kontrolle im Libanon übernahm, konnten darüber hinaus Hunderttausende von syrischen Arbeitssuchenden ins Land strömen. Sie arbeiten zu Niedrigstlöhnen in der Baubranche, in der Landwirtschaft und als fliegende Händler. Damit gingen den Palästinensern ihre wichtigsten Arbeitsbereiche verloren. Einen weiteren gravierenden wirtschaftlichen Einbruch erlitten die palästinensischen Flüchtlinge während des ersten Golfkrieges. Die PLO hatte sich auf die Seite Saddam Husseins gestellt. Die Golfstaaten revanchierten sich daraufhin mit dem Hinauswurf Hunderttausender palästinensischer Arbeiter, Techniker und Akademiker, die bis dahin ihre Angehörigen in den Flüchtlingslagern unterstützt hatten und mit der Einstellung der Zahlungen an die PLO. Die wirtschaftliche Situation verschlechterte sich dramatisch. Heute dürfen die palästinensischen Flüchtlinge außerhalb der Flüchtlingslager in vielen, vor allem akademischen Berufen gar nicht, in anderen nur mit kostspieliger und aufwendiger Arbeitserlaubnis arbeiten.

Bedingt durch die soziale, wirtschaftliche und politische Benachteiligung der palästinensischen Flüchtlinge im Libanon ist deren Überleben vollkommen von Hilfe von außen abhängig. Hauptversorgungspfeiler ist die seit mehr als 50 Jahren bestehende United Nations Relief and Works Agency (UNRWA). Neben der materiellen Unterstützung der Hardship-Cases (Familien, die über keinerlei Einkommen verfügen) ist sie für die schulische und medizinische Versorgung und für die Infrastruktur in den Lagern zuständig. Die pro Kopf der Flüchtlinge vorhandenen Gelder gehen ständig zurück, während die Bedürftigkeit gleichzeitig wächst. Mehr als 45.000 Menschen, das sind über 11% der registrierten Flüchtlinge, gehören zu den Hardship-Cases. Dies ist bei weitem die höchste Zahl verglichen mit allen anderen arabischen Regionen.

Für die 40.000 palästinensischen SchülerInnen stehen neben Elementar- und Mittelschulen, nur 5 Gymnasien und eine Berufsschule der UNRWA zur Verfügung. Staatliche libanesische

oder private Berufsschulen und Universitäten sind ihnen vor allem aus finanziellen Gründen verschlossen. Besonders im Grundschulbereich sind die Klassen hoffnungslos überfüllt.

Schülerzahlen von bis zu 50 je Klasse sind keine Seltenheit. Es fehlt an Platz, genügender Ausstattung, an Labors und Büchereien. Die Hälfte der Schulen arbeitet schichtweise, was mit geringerer Stundenzahl verbunden ist. Die UNRWA bietet keinerlei Vorschulerziehung an. Kindergärten werden ausschließlich von den verschiedenen Nichtregierungsorganisationen getragen.

Auch im medizinischen Bereich kann die UNRWA keine ausreichende Versorgung gewährleisten. Die Zahl der von UNRWA in libanesischen Kliniken angemieteten Betten ist vollkommen unzureichend (ein Bett für ca. 4-5.000 Personen). Bei Krankenhausaufenthalten werden nur die Bettenkosten übernommen, Untersuchungs- und Behandlungskosten muss der Patient selbst übernehmen. Auch die Zahl und Ausbildung der Ärzte in den medizinischen UNRWA-Zentren ist unzureichend. Ein Arzt muss ca. 80 Patienten am Tag behandeln. Neben der UNRWA versorgt auch der Palästinensische Rote Halbmond die Flüchtlinge medizinisch. Er ist die letzte der von der PLO bezahlten Einrichtungen für die Flüchtlinge. Sie wird vom Internationalen Roten Kreuz mitgetragen. Dennoch sind Ausstattung und Qualität der Behandlung ungenügend. Die Zahl der Beschäftigten betrug 1992 noch über Tausend und musste bereits bis zum Jahr 1996 auf 350 Mitarbeiter reduziert werden. 25% der Behandlungskosten müssen auch beim Halbmond von den Patienten übernommen werden, während die Behandlung früher kostenfrei war.

Neben der UNRWA und dem Palästinensischen Roten Halbmond versuchen eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen, die Not in den Lagern zu lindern. 17 unabhängige palästinensische Basisorganisationen, die in den Bereichen soziale Betreuung, Kindergärten, Gesundheitsversorgung, Frauenarbeit und Berufsbildung tätig sind, haben sich 1994 zu einem Koordinationsforum zusammengeschlossen. Ohne die Arbeit dieser Organisationen wäre der soziale Zusammenhalt in den Flüchtlingslagern lange bedroht. Da sie selbst ein Teil der palästinensischen Gemeinschaft sind, können sie den Bedürfnissen, Rechten und Hoffnungen dieser Menschen am besten gerecht werden. Da weder die UNRWA für die palästinensischen Flüchtlinge sprechen kann und will und auch die früheren politischen Parteien, allen voran die Fatah, bei den Flüchtlingen in Misskredit gefallen sind, versteht sich das Koordinationsforum auch als notwendiges Sprachrohr gegenüber der libanesischen Regierung.

Da die palästinensischen Flüchtlinge aus der Genfer Flüchtlingskonvention ausgenommen sind (Art. 1D), fehlt ihnen ein international anerkannter Fürsprecher wie der Hohe Flüchtlingskommissar, der für ihren Schutz und ihre Rechte auf politischer Ebene eintreten könnte.

Die Zukunftsperspektiven für die palästinensischen Flüchtlinge sind vor allem seit den Autonomie-Verhandlungen zwischen Israel und der PLO deprimierend, da dort die 48er-Flüchtlinge nicht vorgesehen waren. So fühlten sie sich von Arafat verraten, von der libanesischen Politik und Gesellschaft an den Rand gedrängt und von der Welt vergessen. Der Einfluss fundamentalistischer Gruppierungen ist deshalb deutlich gewachsen. Resignation und Verzweiflung, aber auch Wut und Gewalt nehmen in den Lagern zu und belasten auch zukünftige Friedensverhandlungen. Umso wichtiger ist es, von hier aus dazu beizutragen, die in den Flüchtlingslagern bestehenden sozialen Netze zu erhalten und zu stärken und gleichzeitig auf politischer Ebene das Bewusstsein für dieses Konfliktfeld des Nahen Ostens zu schärfen.

Nachtrag 2007

Seit Sommer 2000 hat sich die Lage in den palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon aus außen- und innenpolitischen Gründen weiter zugespitzt. Zunächst hat das Scheitern des Camp-David-Gipfels neue Hoffnungen geweckt, da das lange Zeit vernachlässigte Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge plötzlich auf der Tagesordnung stand.

Gleichzeitig hat der Abzug der israelischen Armee aus dem Südlibanon den palästinensischen Kindern und Jugendlichen nach einem knappen Viertel Jahrhundert Besatzungszeit den ersten Blick auf das Heimatland ihrer Eltern und Großeltern ermöglicht. Das Recht auf Rückkehr hat damit eine neue erfahrbare Dimension bekommen. Da kurz nach dem Rückzug der Israelis auch Begegnungen am libanesisch-israelischen Grenzzaun zwischen Palästinensern diesseits und jenseits der Grenze stattfinden konnten, hat sich auch die Verbundenheit untereinander vertieft, die während des israelisch-palästinensischen Friedensprozess gelitten hatte. Der Aufstand in den Autonomiegebieten seit Oktober 2000, die unverhältnismäßige Reaktion Israels und die Haltung der Vereinigten Staaten und Europas auf die Entwicklung haben dann aber alle Hoffnungen erneut zerstört. Der Irakkrieg und der massive militärische Angriff Israels auf den Libanon im Sommer 2006 tragen zu einer weiteren Radikalisierung auch in den Flüchtlingslagern bei.

Innenpolitisch hat ein im Frühjahr 2001 verabschiedetes libanesisches Gesetz die soziale und wirtschaftliche Situation der Flüchtlinge weiter verschlechtert und sie zusätzlichem Vertreibungsdruck ausgesetzt. Auf der Basis eines Gesetzes, das im Frühjahr vom Parlament verabschiedet wurde, wird ihnen das Recht auf Immobilienbesitz entzogen. Außerdem können diejenigen von ihnen, die schon im Besitz von Immobilien sind, diese nicht an ihre Erben weitergeben. Damit wird den Palästinensern ihre letzte Existenzgrundlage entzogen. Das libanesische Parlament hat dieses Gesetz unter dem Vorwand verabschiedet, man wolle das Recht der Palästinenser auf Rückkehr in ihre Heimat schützen. Tatsächlich fürchtet die libanesische Regierung die internationalen Bestrebungen, die palästinensischen Flüchtlinge im Rahmen einer Lösung des Nahost-Konflikts in den arabischen Ländern anzusiedeln. Der Libanon sieht sein nach dem Bürgerkrieg mühsam ausgehandeltes politisches Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Religionsgruppen durch die Aufnahme von 380.000 überwiegend sunnitischen Palästinensern (>10% der Bevölkerung) aufs Äußerste gefährdet. Berechtigte politische Forderungen werden so aber auf dem Rücken der Schwächsten durchgesetzt. Die Diskriminierung und totale Ausgrenzung der palästinensischen Flüchtlinge aus der libanesischen Gesellschaft widerspricht internationalem Recht. Erste hoffnungsvolle Gespräche zwischen der libanesischen Regierung und Vertretern der Palästinenser, die bereits zu gewissen Arbeitserleichterungen führten, sind nach dem Krieg im Sommer 2006 wieder zum Erliegen gekommen.

QUELLEN:

Helga Baumgarten, 1991, *Palästina: Befreiung in den Staat*, Edition Suhrkamp
Neuhaus, Dietrich u. Christian Sterzing, 1991, *Die PLO und der Staat Palästina*, DIAK
Shehada, Dr. Hazem, 1996, *Die PLO und der Friedensprozeß: Von der Entstehung der PLO bis zu den Autonomie-Abkommen mit Israel*", IfSF e.V., Trier
Diverse UNRWA-Veröffentlichungen

Anfang 2007, Ingrid Rumpf

Erhältlich bei Flüchtlingskinder im Libanon e.V., Birnenweg 2, 72793 Pfullingen
und unter www.lib-hilfe.de

| | West- bank | Gaza | Jordanien | Libanon | Syrien | Total |
|--|-----------------------|-------------|------------------|----------------|---------------|--------------|
| Registrierte Flüchtlinge | 710.681 | 1.001.352 | 1.840.044 | 406.342 | 437.790 | 4.396.209 |
| Anzahl der Lager | 19 | 8 | 10 | 12 | 10 | |
| Flüchtlinge in Lagern | 185.522 | 475.675 | 326.537 | 214.736 | 117.426 | 1.319.896 |
| % in Lagern | 26,1 | 47,5 | 17,7 | 52,8 | 26,9 | 30 |
| Härtefälle | 38.126 | 86.971 | 47.449 | 46.204 | 31.898 | 250.648 |
| % Härtefälle | 5,4 | 9,7 | 2,6 | 11,4 | 7,3 | 5,7 |
| Anteil an der Bevölkerung | 32,6* | 84,5* | 34,8* | 11,5* | 2,7* | |

Quelle:

UNRWA, Zahlen von Dezember 2006, * Zahlen von Dezember 2002